

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Mai 1987

ÖFFENTLICHER WIDERSTAND, VOR ALLEM AKTIONEN AUF DER STRASSE
UND AM ARBEITSPLATZ :

KAMPF DER VOLKSZÄHLUNG!

Beschlagnahmaktionen gegen Boykott-Aufrufe, Polizeiüberfälle wie auf den 'Mehringhof' am 1. Mai, Verbote von Veranstaltungen und Info-Ständen, Hausdurchsuchungen, Bußgeld-Androhungen, Strafgelder, polizeiliche Parolen-Ubermalung ... - der westdeutsche Imperialismus und seine westberliner Servatsittel zeigen, daß es ihnen nun ernst wird und sie bereit sind, zur Durchsetzung der Volkszählung mit dem Polizeiknüppel und der Peitsche der Justiz zuzuschlagen!

Dieses nervöse Treiben ist ein untrüglicher Beweis dafür, was von den scheinheiligen Beteuerun-

gen von Kewenig bis Momper über die angebliche "Harmlosigkeit" der Volkszählung zu halten ist, die mit millionenschwerem Werbeetat der Bevölkerung unter den verlogenen Schlagworten von der Wahrung der "Anonymität" und des "statistischen Geheimnisses" verkauft werden soll.

In der Propaganda des Statistischen Landesamtes ist davon die Rede, die Volkszählung sei eine "unverzichtbare Basis für politische und wirtschaftliche Pläne" - das mag schon sein. Nur, ganz sicher werden dabei keine Entscheidungen im Interesse der Werkstätten herauskommen.

DIE TATSÄCHLICHEN GRÜNDE FÜR DIE VOLKSZÄHLUNG SIND VIELMEHR:

VERSTÄRKTE UNTERDRÜCKUNG

"Um festzustellen, wo die Feinde unserer Republik stehen", brauchen "wir" die Volkszählung! - Der westdeutsche Bundestagsabgeordnete und Großgrundbesitzer Freiherr von Heeremann (CDU) spricht offen aus, daß ein wesentlicher Ziel der Volkszählung in der Verschärfung der Unterdrückung liegt. (Konkret 3/83, S. 14)

Auch jetzt schon kann der Staatsapparat getreu den Parolen des westdeutschen Bundesinnenministers Zimmermann, "Datenschutz ist Täterschutz" und des westberliner Innensenators Kewenig "die heilige Kuh des Datenschutzes muß geschlachtet werden" (Stachel, 5/87, S. 3) sich eine Masse von Daten besorgen, gestern gegen Mitglieder und Unterstützer der RAF oder RZ, heute gegen militante AKW-Gegner oder gegen Streikausschüsse von Arbeitern u.a.m., die vielleicht morgen die staatlich geschützten Profitinteressen der westdeutschen Monopolbourgeoisie gefährden. (Ein Beispiel aus der Rasterfahndung: alle Personen wurden gespeichert und durchleuchtet, die Strom- und Telefonrechnungen durch Bargeld einzahlungen beglichen!).

Angeblich besteht "kein Zusammenhang" zwischen der Volkszählung und staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen wie der Raster- und Schleppnetzfahndung und weiteren in den "Sicherheitsgesetzen" vorgesehenen polizeilichen Einsatzmittel, wie uns das Statistische Bundesamt weismachen will. (Siehe "Informationen zur Volkszählung".)

Eine Lüge, wie es dreister nicht geht. Als ob der neue maschinenlesbare Personalausweis, der Zugriff der Polizei auf das neu geschaffene Zentrale Verkehrsinformationssystem mit Daten über 30 Millionen Fahrzeugbesitzer, als ob das schon lange bestehende Ausländerzentralregister mit den wohl größten personenbezogenen Datensammlung nichts mit der Volkszählung zu tun hätten, hier keine Vernetzung der Daten möglich und auch erwünscht wäre.

Und wer den Zusicherungen und Versprechungen des Staates über "Datenschutz", über das "Statistikheimnis" glaubt, dem muß man zwei Dinge sagen. Erstens hält sich dieser Staat nicht an seine Gesetze, wenn es darum geht, die herrschenden Verhältnisse zu sichern. (Ein krasses Beispiel: der Anschlag von V-Männern auf das Gefängnis in Celle.) Und zweitens werden Gesetze, die hinderlich sind, einfach geändert.

Dem Staat werden durch die Volkszählung weitere Mittel in die Hand gegeben, um gezielter vor allem den bereits bestehenden und auch den sich bildenden Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung besser in den Griff zu bekommen.

Abgesehen davon, daß die staatliche Bürokratie die einmal gewonnenen Daten aus der Volkszählung nicht wieder aus der Hand geben und sich einen Teufel um deren "Anonymität" scheren wird, werden Volkszählungsgegner auch vom westberliner Staatsschutz in gesonderten "Verweigererlisten" zusammengefaßt.

Von Bedeutung ist weiterhin, daß neben den Personallisten auch Daten nach Straßenblockseiten zugeordnet werden können. Dadurch erhält der Staat einen genauen Einblick in die Strukturen der Bevölkerung in jedem einzelnen Kiez und kann, wenn es notwendig wird, entsprechend "vorbeugende Maßnahmen" ergreifen, um zu versuchen, entstehenden Widerstand unter Kontrolle zu halten.

Daß der Staat derartige Vorbereitungen trifft und sie teilweise bereits praktizierte, zeigen die Abriegelungen von Häuserblocks und ganzen Straßenzügen zur Zeit der Hausbesetzungen.

Auf politische und soziale Unruhen unter den Werkstätten vor allem der Arbeiterklasse, bereitet sich der Staat der Bourgeoisie ständig vor, und die Volkszählung liefert die Daten, um solche Unruhen besser niederhalten zu können.

Die Volkszählung ist ein weiteres Mittel, um die verschiedenen Unterdrückungsinstrumente des Staatsapparates, seine bewaffneten Formationen, die Geheimdienste, Justiz und den bürokratischen Apparat wirksamer miteinander zu verzähnen und einzusetzen; sie dient dazu, die Faschisierung weiter voranzutreiben.

Die Volkszählung liegt auch im Interesse der englischen, französischen und US-Imperialisten, deren alliierte Truppen in Westberlin unbeschränkt alle gespeicherten Daten der Behörden für ihre imperialistischen Zwecke benutzen können und die darüberhinaus jederzeit bereit sind, bei der Bekämpfung von Unruhen an der Seite der vom westdeutschen Imperialismus beflichteten mehr als 20.000 Mann starken westberliner Polizeitruppen einzutreten.

Kampf gegen zunehmende Unterdrückung und Faschisierung heißt auch Kampf gegen die Volkszählung!

AUSLÄNDERJAGD

Der Rassismus ist in Westberlin für die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter, für Asylsuchende und politisch Verfolgte grausamer Alltag. Er wird staatlich betrieben mittels Hetze, der Politik der Abschiebungen und mit Hilfe des faschistischen Ausländergesetzes.

Das chauvinistische Schreckgespenst einer "Asylsentflucht" und einer "Ausländerchwemme" führte direkt zu Massenazzessien und Polizeiattacken in S- und U-Bahnen.

Diese Hetze in faschistischer Manier schuf die Pogromstimmung für Anschläge sogenannter "Bürgerwehren", wie den Brandanschlag auf ein Flüchtlings-Sammellager in Lankwitz.

Ausweisungen und Abschiebungen sind für politische Flüchtlinge tägliche existentielle Bedrohung und oft tödliche Realität. Seit Jahren unterliegen insbesondere Flüchtlinge aus dem Libanon einem regelrechten Nervenkrieg seitens des westberliner Senats, der immer wieder öffentlich verkündet, ihre Massenabschiebung stünde unmittelbar bevor.

Der Druck gegen ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter wird weiter verstärkt. Sie werden als erste gefeuert und sind dann, wenn sie gezwungen sind, von Sozialhilfe zu leben, von Abschiebung bedroht.

Zur GEZIELTEREN RASSISTISCHEN UND CHAUVINISTISCHEN UNTERDRÜCKUNG soll die Volkszählung genauere Daten liefern, ob es nun um die effektivere Durchsetzung der berüchtigten Zugangssperren für verschiedene westberliner Bezirke geht, oder um mögliche Ausweisungen, weil die Wohnungen der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter "zu klein" sind, oder um Maßnahmen gegen bestimmte Gruppen von Ausländern wie Rentenempfänger, Arbeitslose, geschiedene Frauen, u.a.m. Nicht zuletzt sollen diejenigen ausspioniert werden, die nicht durch ein "ordentlich gestempeltes" Papier ihre Aufenthaltsberechtigung nachweisen können. Hierbei wird das Ziel der drastischen Verringerung der Zahl der hier lebenden ausländischen Werkstätigen durch Vertreibung der "nicht produktiven", was heißt "nicht profitablen" Ausländergruppen verfolgt.

Darüberhinaus wird rassistischen und faschistischen Volkszählern, die sich sicherlich in nicht geringer Zahl als freiwillige Zähler gemeldet haben, die Möglichkeit geboten, für rassistische und chauvinistische Terrorakte gezielt Türken, Afrikaner, auch Juden u.a.m. herauszupicken, über die sie bei der Befragung genauere Informationen erhalten!

Daß sich die Volkszählung gezielt gegen die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter richtet, ergibt sich unter anderem daraus, daß im Unterschied zur mißglückten Volkszählung von 1983 nicht mehr nur nach der deutschen Staatsangehörigkeit gefragt wird, sondern nun genau nach den Ländern gefragt wird, an denen die Masse der ausländischen Arbeiterinnen

Aus dem PERSONENBOGEN:

- | | |
|---|---|
| ① Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft | Römisch-katholische Kirche
Evangelische Freikirche
Jüdische Religionsgesellschaft
Islamische Religionsgemeinschaft
andere Religionsgesellschaften
keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig |
|---|---|

- | | |
|---|---|
| ② Welche Staatsangehörigkeit haben Sie? | deutsch
griechisch
italienisch
übrige EG-Staaten
jugoslawisch
türkisch
sonstige/keine |
|---|---|

und Arbeiter kommt. Aufgeschlüsselt werden muß, ob jemand die griechische, italienische, türkische oder jugoslawische Staatsangehörigkeit besitzt, bei den restlichen genügen pauschale Angaben.

All dies zeigt die besonderen Gefahren für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter und auch für die jüdische Bevölkerung, die von der Volkszählung ausgehen.

Im Widerstand gegen die Volkszählung müßte dem besonders Rechnung getragen werden: Da es für viele Ausländer zu einem unverantwortlichen persönlichen Risiko werden kann, sich individuell am Boykott der Volkszählung zu beteiligen, müssen die Volkszählungsgegner besonders darauf achten, wie die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter an massenhaften Widerstandsaktionen breit beteiligt werden können, angefangen mit dem bewährten Mittel von Massendemonstrationen bis hin zu Aktionen in Stadtteilen, bei denen im gemeinsamen Kampf von Deutschen und Ausländern verhindert wird, daß Zähler herumschnüffeln können ...

Kampf dem Rassismus und Chauvinismus!
Kampf der Volkszählung!

PROFIT-MAXIMIERUNG

Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Zweck der Volkszählung besteht darin, der Kapitalistischen Klasse,

insbesondere den großen Konzernen, Informationen zu liefern, die für die verschärzte Ausbeutung der Arbeiter und damit für die Maximierung der Profite eingesetzt werden können. "Kostengünstige" Standortplanung, Selektion der Belegschaften und andere Maßnahmen können mit den erhobenen Daten, die auch genaue Angaben über die Arbeitsstätte enthalten, durchgeführt werden.

Auch die großen Wohnungsbaukonzerne und die Haus- und Grundeigentümer-Verbände versprechen sich einiges von der Volkszählung und halten sie für "dringend erforderlich." Angesichts der geplanten Aufhebung der Mietpreisbindung für westberliner Altbauten und der damit verbundenen Einführung des "Vergleichsmietprinzips" bei der Festsetzung der neuen Miete - gewinnen die Aussagen über Wohnungsausstattung, Miethöhe und Erwerbstätigkeit an Brisanz. Mit Hilfe dieser Daten hätten die Hausbesitzer ein hervorragendes Instrument in der Hand, um höhere Mieten durchsetzen zu können, da sie über die (höheren) Mieten vergleichbarer Wohnungen informiert sind.

Gleichzeitig soll auch ein genaueres Bild über die Lebensverhältnisse von Rentnern, Arbeitslosen, Sozialhilfempfängern, Behinderten u.a.m. gewonnen werden, um den Abbau von "Sozialleistungen", die soziale Verelendung möglichst unauffällig weiter vorantreiben zu können.

Volkszählung 1987: Aha, Sie sind Jude.

Nachdem als Reaktion auf die Ehrung der Soldaten der Waffen-SS in Bitburg zum ersten Mal in den letzten Jahrzehnten jüdische Demonstranten von der Polizei des westdeutschen Imperialismus weggeschleppt wurden, nachdem vor allem unter den jüngeren Mitgliedern der jüdischen Gemeinden Diskussionen über die devote Haltung vieler Funktionäre dieser Gemeinden gegenüber der Rehabilitierung der alten Nazis im Staatsapparat aufkamen und dies oftmals entschieden verurteilt wird, nachdem die

Sind Sie Jude? will man wissen, auch wenn im Fragebogen etwas vornehmer nach "rechtlichen Zugehörigkeit" zur "Jüdischen Gemeinde" gefragt wird.

Stadtviertel für Stadtviertel, Straße für Straße, Wohnblock für Wohnblock wissen dann nicht nur die entsprechenden Zähler, Auswerter und Prüfer, nein, weiß es auch dieser Staat ganz genau, wo es Juden gibt.

Und wer ist davor sicher, daß diese Erfassung nicht für gezielte Maßnahmen gegen Juden vom Staat genutzt wird, der heute wieder Rassismus und Chauvinismus

FÜR DEN KRIEGSFALL RELEVANTE FRAGEN:

Aus dem ARBEITSSTÄTTENBOGEN:

Mit folgenden zusätzlichen Angaben ermöglichen Sie uns die Zuordnung Ihrer Arbeitsstätte zu den einzelnen Wirtschaftszweigen. Nennen Sie bitte die

- hergestellten, erzeugten oder gewonnenen Güter oder Waren ① :
- reparierte Waren ② :
- erbrachten Bautätigkeiten ③ :
- im Großhandel gehandelten Waren ④ :
- im Einzelhandel gehandelten Waren ⑤ :
- vermittelten Waren und vermittelten Leistungen ⑥ :
- erbrachten Transportleistungen ⑦ :
- erbrachten sonstigen Tätigkeiten, Dienstleistungen ⑧ :

Aus dem WOHNUNGSBOGEN MIT GEBÄUDEANGABEN:

- a) Wird die Wohnung überwiegend beheizt mit
 Fern-, Blockheizung
 Zentralheizung
 Elektroheizung
 Einzel- oder Mehrraumöfen (auch Elektrospeicher)
 b) Welcher Brennstoff, welche Wärmequelle wird verwendet?
 Gas
 Heizöl
 Strom
 Mehrfache Anbauten möglich
 Kohle, Holz usw.
 Fernwärme
 Sonnenenergie, Wärmepumpe

Aus dem PERSONENBOGEN:

- 9 Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluß haben Sie?
 Volksschule, Hauptschule
 Realschule/gleichwertiger Abschluß (z.B. Mittlere Reife)
 Hochschule (Abitur), Fachhochschule
- 10 a) Welchen höchsten Abschluß an einer Berufsschule (z.B. Handels-Schule (ohne Berufsschule), Verwaltungsschule) oder Hochschule haben Sie?
 Fachhochschule (Ing.-Schule, höhere Fachschule)
 Hochschule (einschließlich Lehrausbildung)
- b) Welche Hauptfachrichtung hat dieser Abschluß?

- 11 Falls Sie eine praktische Berufsausbildung (z.B. Lehre) abgeschlossen haben:
 a) Auf welchen Lehrberuf bezog sich diese Ausbildung?

b) Wie lange dauerte diese Ausbildung? Jahr(e):

- 12 Welches Verkehrsmittel benutzt Sie hauptsächlich (Angabe Strecke) auf dem Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule?
 Fahrrad
 Pkw
 U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn
 Eisenbahn
 Bus, sonst öffentl. Verkehrsmittel
 sonstiges (Motorrad, Moped, Mofa)

- 13 Sind Sie zur Zeit tätig als
 a) Facharbeiter
 sonstiger Arbeiter
 Angestellter
 Auszubildender
 Beamter, Richter, Beamtenanwälter, Soldat, Zivildienstl.
 Selbständiger [mit bezahlten Beschäftigten
 ohne bezahlte Beschäftigte
 mithilfender Familienangehöriger

KRIEGS-VORBEREITUNGEN

Der westdeutsche Imperialismus strebt nach immer mehr Macht und Einflußsphären in der Welt. Die westdeutschen Monopole haben sich in Ländern wie Brasilien, Türkei, Südafrika, aber auch Nicaragua und China bestrebt, um nur einige Länder zu nennen. Doch bei ihrer Expansion stößen sie auf Barrieren: einmal die Expansion ihrer imperialistischen Konkurrenten aus den USA, Frankreich, England, Japan, aber auch aus der Sowjetunion. Sie stoßen auch auf den Widerstand der ausgebeuteten und unterdrückten Völker selber, die sich erheben, wie in den Philippinen, Südafrika usw., um die imperialistische Herrschaft über ihre Länder abzuschütteln. Und da der westdeutsche Imperialismus wie jede imperialistische Großmacht auch bei solchen "Schwierigkeiten" nicht klein beigt, braucht er eine imperialistisch-militaristische Kriegsmaschinerie zur Durchsetzung seiner Interessen. Die Bundeswehr, die westdeutsche Kriegsindustrie, Waffenexporte (wie z.B. das in allerjüngster Zeit anvisierte Geschäft mit Saudi-Arabien zwecks Lieferung von U-Booten, einschließlich des Baus des dazugehörenden Hafens), Militärmanöver in der Türkei oder auch in Kanada - all das ist Ausdruck des rasch anwachsenden Militarismus der westdeutschen Imperialisten.

Aufgrund des besonderen Status von Westberlin kann der westdeutsche Imperialismus heute hier z.B. noch keine Soldaten für die Bundeswehr rekrutieren, noch keine Bundeswehr-Einheiten stationieren.

Die unverfrorene Selbstverständlichkeit, mit der diese Volkszählung des westdeutschen Imperialismus und damit der sie begleitende staatliche Terror auch in Westberlin durchgeführt wird, das kein Bestandteil der BRD ist, zeigt allerdings wieder einmal, wie weit die faktische Einverleibung Westberlins

durch den westdeutschen Imperialismus schon fortgeschritten ist.

Es wäre daher naiv zu glauben, daß die westdeutschen Militaristen Westberlin und seine Bevölkerung nicht auf das Genauste in ihre Kriegspläne miteinbeziehen.

Militärische Forschung wie im Hahn-Meitner-Institut oder militärisch wichtige Produktionsstätten in Westberlin wie Siemens, KNU, AEG, Schering usw. sind bereits heute Ausdruck davon. Durch seine Lage und nicht zuletzt aufgrund seiner Geschichte als ehemalige "Reichshauptstadt" besitzt Westberlin für die Kriegspläne der westdeutschen Imperialisten eine große Bedeutung, insbesondere für eines seiner erklärt revanchistischen Ziele, das "großdeutsche Reich" wiederherzustellen.

In diesem Rahmen leistet die Volkszählung auch hinsichtlich Westberlins ihren Beitrag zur weiteren Militarisierung der Bevölkerung und der immer perfekteren Kriegsvorbereitung. Die gesamte Bevölkerung soll und muß bei einem Krieg zur Verfügung stehen. Ein detaillierter Überblick über die einzelnen Transportmittel, die Beschafftheit von Gebäuden, die verwendeten Brennstoffe, den für Einquartierungen zur Verfügung stehenden Wohnraum, die Lage und Art von Fabriken, die berufliche Qualifikation jedes einzelnen, ist für die militärische Planung von enormer Wichtigkeit. Alles Dinge, nach denen bei der Volkszählung genauestens geforscht wird, die deshalb auch als ein Bestandteil der Kriegsvorbereitung durch den westdeutschen Imperialismus bekämpft werden muß; die gesammelten Daten sind natürlich auch für die englischen, französischen und US-Imperialisten in Westberlin und deren militärischen Pläne von großem Interesse.

Krieg dem imperialistischen Krieg bedeutet also auch: Krieg der Volkszählung als Teil der imperialistischen Kriegsvorbereitung!

VOLKSZÄHLUNG 1939 — VOLKSZÄHLUNG 1987

LOGEN VON "DATENSCHUTZ" UND "STATISTIKGEHEIMNIS" 1939 WIE 1987

Nicht erst heute sind der "geschlossene Briefumschlag", die "Diskretion der Zähler" Mittel und Versuch, die Bevölkerung zu beruhigen und in Gütläufigkeit zu wiegen. Bereits 1939 setzten die Faschisten bei ihrer Volkszählung auf diesen Betrug, um möglichst zuverlässige Angaben zu erhalten. In einer Zählerunterweisung von 1939 wurde den Zählern geraten, bei Auskunftsverweigerung u.a. wie folgt vorzugehen:

"Hinweis auf die Bestimmungen über Verschwiegenheit. Unter Umständen können die Erhebungspapiere in einem verschlossenen Umschlag abgegeben werden. Hinweis auf Strafen, aber besser Apell an den guten Willen." (Quelle: Archiv des Statistischen Amtes in Warschau, zitiert in: TAZ v. 17.2.87)

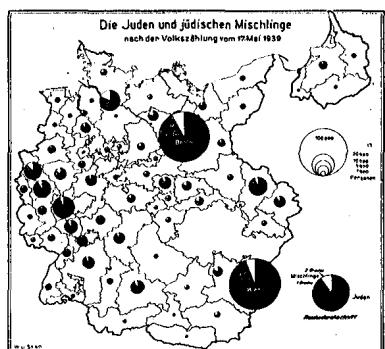
Wir wissen heute, wohin das "Vertrauen in den Staat" damals geführt hat: Vernichtung der Juden, Vernichtung der Sinti und Roma, von Antifaschisten, von Homosexuellen, Euthanasie zur Vernichtung "unwerten Lebens".

- Der Chef der Sicherheitspolizei und des NS-Sicherheitsdienstes sowie der Gestapo, Heydrich, schrieb:

"Betr. Räumung der neuen Ostprovinzen. Auf grundsätzlichen Befehl des Reichsführers SS wird die Räumung von Polen und Juden in den neuen Ostprovinzen durch die Sicherheitspolizei durchgeführt... Die Räumung nach dem Fernplan erfolgt nach den Unterlagen der Volkszählung." (Aus: "Vorsicht Volkszählung 1987", München, S.10)

- Am 8.10. 1983 erklärte Innenminister Zimmermann vor dem Bundesverfassungsgericht:

"Bei den 19 Volkszählungen, die es seit 1871 gegeben hat, gab es keinen einzigen Fall der Verletzung des Statistikgeheimnisses." (Ebenda, S. 8)



Den Kampf gegen die Volkszählung vorantreiben!

Die Volkszählung erweist sich als eine Aktion des imperialistischen Staatsapparates zur verstärkten Faschisierung, zur gezielten rassistischen und chauvinistischen Unterdrückung und Vertreibungs-politik, zur Verbesserung der Bedingungen für die Profitmacherie und zur effektiveren Kriegsvorbereitung. Sie ist deshalb in jeder Weise gegen die Arbeiterklasse und gegen die anderen werk-tätigen Massen, gegen die ausländischen Arbeitern und Arbeiter, gegen die jüdische Bevölkerung gerichtet und muß deshalb e n t - s c h i e d e n b e k ä m p f t werden.

Trotz aller selbstsicheren Prognosen der beamten Staatsdiener ist der Widerstand schon groß. Er muß im Vertrauen auf die eigenen Kräfte selbstständig in Form von praktischer Selbsthilfe weiter vorangetrieben werden und darf nicht in den Bahnen des Wartens und des Vertrauens auf Kräfte wie die AL und SEW, auch wenn diese zum Boykott aufrufen oder SPD-„Linke“ verlaufen.

Der Kampf gegen die Volkszählung kann erfolgreich sein, wenn es in den Kampfen gelingt, dem Widerstand die nötige Durchschlagskraft zu verleihen, wenn wir ihn sichtbar werden lassen durch Demonstrationen, Besuchen bei Sammelstellen der Fragebögen, durch

Protestaktionen in Betrieben, auf Betriebsversammlungen, wenn dabei auch mit dem nötigen Ein-fallsreichtum zu Werk gegangen wird, dann wird dieser „schwerfällige Koloß auf tönernen Füßen“, wie Lenin einmal den imperialistischen Staatsapparat beschrieb, nicht ohne Weiteres in der Lage sein, den Widerstand niederzumachen.

J.W. Stalin hat sehr treffend im Kampf gegen den Hitlerfaschismus herausgestellt, was für den heutigen, typisch deutschen Staatsapparat charakteristisch ist:

- "Die Deutschen sind in ihren Operationen punktlich und genau, wenn die Lage es gestattet, den Forderungen der Dienstvorschriften nachzukommen.
- Darin liegt ihre Stärke. Die Deutschen werden hilflos, sobald die Lage kompliziert wird und in diesem oder jenem Paragraphen der Dienstvorschrift 'nicht mehr entspricht', sondern einen selbständigen Entschluß erheischt, der in der Dienstvorschrift nicht vorgesehen ist."
- (Stalin, Rede am 23.2.1943, Stalin Werke 14, Dortmund, S. 306)

Sorgen wir also dafür, daß dieser Staat in eine Lage gerät, wo seinen Dienstern die "Dienstvorschrift" nicht mehr weiterhilft.

Ein uns zugedantes FLUGBLATT

ACHTUNG, DER ZÄHLER KOMMT

Sie kennen ihn nicht, aber sie werden ihn noch kennenlernen, jenen Zähler, der uns in unserem Stadtviertel aushorchen soll. Der Zähler selbst weiß - vielleicht - eigentlich nicht, was er da macht und warum er da macht. Es sollte ihm die Chance geben werden, sein schändliches Treiben einzuhören und einzutun.

Der Zähler soll unter anderem herauskriegen, wie viele alleinstehende Frauen es in unserem Stadtteil gibt und wo sie wohnen. Das werden wir nicht zulassen. Sonst erleidet er vielleicht den Verdacht, ein zweiter mal zu kommen.

Der Zähler soll unter anderem herausfinden, wieviel Juden, wieviel Ausländer in unserem Stadtviertel wohnen. Vielleicht hat er einen Freund bei den Nazis? Vielleicht sitzt er selber einer? Vielleicht sitzt er bei der Auswertungsstelle einer? Oder glaubt ihr das Märchen, daß es heute keine alten und neuen Nazis, keine Antisemiten und ausländerfeindliche Rassisten gibt? Nein, wir werden es nicht zulassen, daß wieder einmal Juden gezählt werden, daß Ausländer gezählt werden. Keiner soll sagen können, er habe nicht gewußt, was er da tut.

Die ganze Volkszählung ist eine Volkszähmung, die abzielt auf: lückenlose Rasterfahndung gegen alle politische Gruppen, lückenlose Erfassung der Ausländer, um die Politik des Heraus-ekeins und Abschiebens noch effizienter zu machen, eine Art Traubeweis der gesamten Bevölkerung gegenüber diesem Staat, der immer extremer die Demokratie mit Füßen tritt.

Deshalb: Sobald der Zähler auftaucht, sofort alle auf die Straße und ihm zu ihm. Begleiten wir ihn auf seinem Weg. Lassen wir ihm nicht seine Illusionen. Diskutieren wir mit ihm. Geben wir ihm eine Chance, seine Beteiligung an der Volkszählung aufzugeben. Bieten wir ihm unsere Solidarität an, wenn er sich gegen seine Zählertätigkeit ausspricht.

Geben wir keine Ruhe! Volkszählungsboykott so früh wie möglich, so aktiv wie möglich, und wo viel, wie möglich sammeln sich beteiligen. Überwacht ihn überwachen, lädt auch Ausweise, Name und Adresse der Zähler geben. Veröffentlicht die Namen und Adressen der Statistiker und der statistischen Ämter an den Haustüren.

initiative VOLKSZÄHLUNGSBOYKOTT AUF DER STRASSE

+-----+
+ Achtung Zähler! Wer zählt macht sich zum Mittel dieses +
+ Staates. Der schlimmste Lump im ganzen Land, das ist +
+ und bloß der Denunziant. +
+-----+

Keine Resignation angesichts der Brutalität des Staates!

Nachdem alle Mittel und Versuche des Staates, das Volk "in Guten" für die Volkszählung zu gewinnen, es zu "überzeugen", zu "überreden", also zu über-tölpeln, immer schlechter angekommen waren, als ein Debakel wie 1983 oder auch 1971 in den Niederlanden (hier widersetzen sich über 30% der Volkszählung) nicht mehr auszuschließen war, wurde eine Einschüchterungskampagne gegen die breite Masse der Werk-tätigen gerichtet. Ohnmacht und Resignation angesichts der "Allmacht des Staates" sollen ge-schürt werden, damit auch jeder weiß, wer am längeren Hebel sitzt.

Die Wirkung dieser Einschüchterungskampagne, die auf den realen Machtmitteln des Staates beruht, darf auf keinen Fall unterschätzt werden. Im Gegenteil sollte auch für jeden einzelnen genau überlegt werden, welches Risiko im gemeinsamen Kampf gegen die Volkszählung er tragen kann, ohne ihn aber durch solche Überlegungen vom Kampf auszuschließen.

Ganz sicher aber sind die massiven Drohungen und Repressionen des Staates gegen die Volkszählungsgegner auch ein Hinweis darauf, daß der Kampf gegen die Volkszählung gleichzeitig ein wirklicher Angriff auf seinen Herrschaftsanspruch ist.

Es gibt aber zwei Seiten, die diesen Staat charakterisieren und die Mao Tse-tung einmal treffend mit dem Bild vom "Papier tiger" beschrieben hat.

Dieser Staat ist einerseits ein wirklicher Tiger mit Zähnen und Klauen, Polizei und mit Rasterfahndung und Hochsicherheitsstrukturen, mit staatstreuem Fernsehen, Rundfunk und Presse, was den Kampf gegen diesen Staat wirklich und wahrhaftig zu einem persönlichen Risiko macht.

Doch es gibt keinen gefahrlosen und sicheren Kampf gegen diesen Tiger ohne Opfer, auch wenn man alles Erdenkliche tun muß, um die Opfer so gering wie möglich zu halten. Konkret: Je größer die Zahl der aktiven Boykotteure ist, um so ungewisser wird es für den Staatsapparat sein, wie viele davon zu seinen langfristigen aktiven Gegnern gehören bzw. es bleiben. Außerdem müssen Boykottformen durchdacht werden, die massenhafte die Sammlung von Daten verhindern, etwa durch beispielhaftes Absperren von Straßen gegen die Volkszählung.

Andererseits aber ist dieser Staat auch ein Papier-tiger, der sich mächtig aufbläst, jedem einzelnen Ohnmacht suggerieren will, damit vergessen wird, daß das gemeinsame Handeln der breiten Masse der Werk-tätigen für diesen Staat eine ernsthafte Bedrohung darstellt, wie die jüngsten Ereignisse in Kreuzberg 36 am 1./2. Mai z.B. ansatzweise gezeigt haben.

Der Staat wird ja mit den fundamentalsten Problemen nicht fertig, ist von Krisen und Perspektivlosigkeit gebeutelt und wird sich, auf lange Sicht gesehen, in einem Ansturm jener, auf deren Buckel die Ausbeuter-kasse sitzt, nicht erwehren können.

Aber wichtig ist vor allem, Erfahrungen zu sammeln für künftige größere Auseinandersetzungen, Klarheit zu schaffen über den Charakter des Staates und das kapitalistische Ausbeutersystem, den Gedanken der Universalität mit der Diktatur der Bourgeoisie in die Kämpfe hineinzutragen und diese Gedanken anhand ihrer eigenen Erfahrungen bewußt zu machen.

Wenn dies gelingt, werden die heutigen Auseinander-setzungen, auch wenn sie nicht oder nur teilweise zu konkreten Erfolgsresultaten führen, eine länger-fristige Wirkung haben und dazu beitragen, daß dieses verfluchte täglich neue Leiden und Verbrechen produzierende imperialistische System schließlich gestürzt werden kann.

SEW UND AL SCHÜREN ILLUSIONEN ÜBER DIESEN STAAT!

Zum Boykott der Volkszählung 1987 rufen auch die ALTERNATIVE LISTE und die revisionistische SEW auf.

Die Argumente, mit denen sie in den Kampf gegen die Volkszählung eingreifen, sind im Kern reformistisch, versuchen den Widerstand, der sich im Keim gegen den imperialistischen Staatsapparat richtet, zurückzuerren in statthaft endende Bahnen:

Die SEW begründet ihren Boykott-Aufruf damit, daß es bei der Volkszählung "nicht um notwendig zu erlangende Ergebnisse, sondern um den Ausbau staatlicher Macht" geht. Da "ein Schutz persönlicher Angaben nicht gewährleistet ist" sagt die SEW "Nein". Sie erklärt die Volkszählung für "verfassungswidrig" und ruft deshalb zum Boykott auf." (Aus der Erklärung des Sekretariats des Parteivorstandes der SEW. in "Die Wahrheit", 21./22.3.1987).

Den "Ausbau staatlicher Macht" für "verfassungswidrig" zu erklären, ist schon ein Glanzstück für eine sich als kommunistisch bezeichnende Organisation. Die SEW tut so, als sei dieser Staat nicht von Grund auf das Herrschaftsinstrument der Monopolbourgeoisie, übereilt die Arbeiterklasse und die werk-tätigen Massen, als sei die Verfassung nicht der gesetzlichen Rahmen, den sich die Monopolbourgeoisie zur Absicherung ihrer Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen selbst gegeben hat und den sie mit Hilfe ihrer gekauften Volksvertreter in den Parlamenten durch Verfassungsänderungen nach Bedarf ihren jeweiligen Interessen anpaßt.

Die SEW zeigt erneut, wie sehr sie sich im Rahmen dieses Staates selbst bewegt und wie eifrig sie seine Verfassung preist. Sie schürt gezielt Illusionen, die Verfassung des imperialistischen Staates könne im Kampf gegen den Ausbau staatlicher Macht als Mittel zur Demokratisierung des Staatsapparats wirkungsvoll eingesetzt werden!

Eine derartige Verschleierung des Klassencharakters des Staatsapparates betreibt auch der Autor eines Artikels zur Volkszählung in der AL-Zeitung "Kreuzberger Stachel". Durchaus repräsentativ für die Positionen in weiten Teilen der AL ist, wenn er schreibt: "Der Bürger hat nichts von dieser Form der Planung, die auf solche undemokratischen Mittel wie eine vollständige Zwangserhebung nicht verzichten kann. Der Staat muß dort ansetzen, wo die Bedürfnisse sind."

Dem Staat wird die Möglichkeit zugesprochen, "dort anzusetzen, wo die Bedürfnisse" allgemein sind, also nicht nur die des Monopolkapitals, sondern auch die der breiten Masse der Bevölkerung. Tatsächlich aber bezieht der imperialistische Staat die Lage der breiten Massen der Bevölkerung im wesentlichen nur inszenieren in seine Planungen ein, als er für deren Ausbeutung und Unterdrückung den Rahmen absteckt und planmäßig eine Zusitzung der sozialen Konflikte hin zu Aufständen zu vermeiden versucht. All dies stellt der AL-Autor auf den Kopf, der darüberhinaus noch erklärt: "Und wenn ich mir vergegenwärtige, was rechte Politiker von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten überhaupt halten, wird mir Angst und Bange." (Kreuzberger Stachel, 5/87, S.3)

Da "vergißt" er doch glatt, daß gerade unter Federführung der SPD die gescheiterte Volkszählung 1983, die die Basis für die Volkszählung 1987 darstellt, vorbereitet wurde, die Faschisierung und rassistische Hetze verstärkt, Rasterfahndungen, Berufsverbote usw. ... eingeführt wurden!

Das Mißtrauen gegenüber dem imperialistischen Staat weiterentwickeln - im Kampf gegen die reformistische Schönfärberei

Kennzeichnendes Charakteristikum der Bewegung gegen die Volkszählung ist das Mißtrauen gegenüber dem Staat des westdeutschen Imperialismus, auch wenn er meist noch nicht als imperialistischen Staatsapparat erkannt und bekämpft wird.

Mit seiner Propagandaflut an schönen Worten über die Harmlosigkeit der Volkszählung, mit seiner massiven "Vertrauens"werbung für Zähler und Statistiker und seinen demagogischen Zusicherungen über den unbedingten "Schutz der gesammelten Daten", die angeblich dem "Beichtgeheimnis der Statistiker" (Präsident des Statistischen Bundesamtes Höldor, Tagesspiegel vom 5.5.1987) unterliegen, ist es dem Staatsapparat bisher nicht gelungen, das Mißtrauen der Bevölkerung zu beseitigen. Dies ist ein gewichtiger Grund, weshalb in zunehmender Weise staatliche Terror- und Einschüchterungsmaßnahmen zur Durchsetzung dieser angeblich so "vertrauenswürdigen" Sache eingesetzt werden.

Dieses Element des Mißtrauens bezeichnet den Ansatz der Lösung von verfluchten Glaubens an die "Allmacht" und "Neutralität" dieses Staates. Gerade dies gilt es weiterzuentwickeln und zu vertiefen, hier zur Einsicht in den Klassencharakter des imperialistischen Staatsapparates, der nicht nur bei der Volkszählung, sondern grundsätzlich in jeder Staat als Machtinstrument der Monopolbourgeoisie der einen Klasseninteressen gegen die Arbeiterklasse und die ausgebeuteten und unterdrückten Massen durchsetzt.

Mit Argumentationen, die die Notwendigkeit des Boykotts mit der Gefahr des Mißbrauchs der Daten gegen die Bevölkerung begründen, und die die mangelnde Vertrauenswürdigkeit "rechter Politiker" als eigentlichen Grund für die Gefahr des gar "verfassungswidrigen" Mißbrauchs bezeichnen, versuchen Reformisten von AL, SEW und SPD-/DGB-Linken, die Verwendung der Daten gegen die Interessen der Bevölkerung nicht als zwangsläufige unabwendbare Folge des Klassencharakters des Staatsapparates darzustellen. Sie malen das verlogene Bild eines Staates, der als "klasseneutral"e Institution durchaus auch für die Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen eingesetzt werden kann, wenn nur die "richtigen" Parteien gewählt werden und die Regierung bilden können. Dies, obwohl doch Faschisierung, Rassismus und Chauvinismus und Ausbau der westberliner Polizeitruppen zur "stärksten Stadtpolizei der freien Welt" (Tagesspiegel vom 5.5.1987) gerade auch von SPD-Senats- und Bezirksregierungen vorangetrieben wurden und werden, obwohl der allbekannte westberliner SPD-"Filz" der Nachweis dafür ist, daß eben nicht nur "rechte Politiker" vom Monopolkapital direkt gekauft bzw. korrumpt sind!

Reformen, mit denen die Reformisten hausieren gehen, um die Reformierbarkeit dieses Staates zu belegen, ändern überhaupt nichts am Klassencharakter dieses Staates.

Die Argumentationen der Reformisten zielen darauf, die in der Bewegung gegen die Volkszählung zutage tretende ansatzweise Lösung vom Irrglauben in den bürgerlichen Staat in reformistische Rahmen zu kana-

lisieren, die Bewegung politisch und ideologisch an ihn zu binden, und stellen damit ein ernsthaftes Hindernis im Kampf dar.

Sie unterstellen dem Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus ein "demokratisches" Potential, das dieser nicht besitzt und niemals besessen hat. Faschisierung, Rassismus, Verschärfung der Ausbeutung und Kriegsvorbereitung sind zwangsläufige Folge des Strebens des westdeutschen Monopolkapitals nach höheren Profiten, nach imperialistischer Vorherrschaft über andere Länder, nach Welthegemonie.

Gegen alle demagogischen Schönfärbereien der Reformisten muß unmissverständlich klargestellt werden, daß der Staat

- "ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere (ist)".
- (Lenin, "Staat und Revolution", 1918, Lenin Werke 25, S. 399)

In diesem Staat kann es keine Gleichheit zwischen Arm und Reich, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Unterdrückern und Unterdrückten geben.

Das bedeutet, daß wir ganz entschiedene Gegner dieser kapitalistischen, imperialistischen Ausbeuter- und Unterdrückerstaaten sind, der dieses Gesellschaftsordnung mit allen Mitteln beschützt und verteidigt und vor keiner Gemeinheit zurückschreckt. Das bedeutet, daß die herrschende Klasse niemals freiwillig ihre Macht abgibt, daß ihr Staatsapparat nur durch die bewaffnete Revolution des Proletariats zerschlagen werden kann. Wir kämpfen für die Beseitigung dieser Gesellschaftsordnung, dieses Staates und für eine sozialistische Gesellschaft und einen Staat, in dem die Produzenten selbst über die Produktionsmittel bestimmen, die Arbeiterklasse an der Macht ist, für die Diktatur des Proletariats auf dem Weg zum Kommunismus.

DGB-FÜRSTEN GEGEN VOLKSZÄHLUNGSBOYKOTT !

Zu den wesentlichen Aufgaben gewerkschaftlichen Kampfes in den Betrieben gehört - und davon reden, aber reden auch nur die Gewerkschaftsfürsten - der Schutz der Kollegen vor einer VERSCHÄRFUNG der KONTROLLEN, des DRUCKS und der ARBEITSSETZEN, die auch mittels neuer Technologien wie maschinenlesbaren Stempelkarten und einer exzessiven Sammlung und Auswertung von immer mehr Daten durch die Personalabteilungen durchgeführt werden sollen.

Die Volkszählung, der maschinenlesbare Personalausweis und die verschiedenen "Sicherheitsgesetze" dienen den Kapitalisten auch in ihren Betrieben dazu, die Werktätigen schärfer zu kontrollieren und die Bedingungen für die Profitmacherei zu verbessern.

Der DGB-Bundesvorstand, der sich angeblich für die Interessen der Werktätigen einsetzt, hält den Boykott der Volkszählung "nicht für vertretbar". Er warnt vor "Mängel bei der Durchführung", weshalb er auch "Verständnis" dafür zeigt, daß "die Volkszählung von einer größeren Zahl von Bürgern abgelehnt wird" (eben auch von größeren Teilen der Gewerkschaftsmitglieder), was jene an die DGB-Führung binden soll, die sich trotzdem der Volkszählung verweigern. Mit all dem beweisen die DGB-Fürsten erneut ihre Loyalität, ihre enge Verbundenheit mit jenem Staatsapparat der Ausbeuter und Unterdrucker, mit dem sie verschmolzen sind.

(Alle Zitate aus: Grundstein, Zeitung der IGBSE, 4/87, S. 21)

SOLIDARITÄT MIT DEM GENOSSEN WALTER HOFMANN - PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICHER VON "GEGEN DIE STRÖMING"

Von unserer Bruderorganisation in Westdeutschland GEGEN DIE STRÖMING erhielten wir folgende PRESSEMITTEILUNG

BESCHLAGNAHME DES FLUGBLATTES "KAMPF DER VOLKSZÄHLUNG 1987!"

Im Anschluß an die KU/Siemens-Demonstration am 2. Mai 1987 in Offenbach wurde in groß angelegter Verfolgungsaktion der presserechtlich Verantwortlicher der Publikation GEGEN DIE STRÖMING - Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschland festgenommen. Die Festnahmeaktion war bombastisch aufgezogen. Mehrere Zivilpolizisten zielten mit Pistolen auf W. Hofmann, legten dann Handschellen an, die auch im Auto nicht abgenommen wurden. Anschließend Verhör, erkennungsdienstliche Behandlung und schließlich mit 2 Beamtinnen und 3 Beamten Hausdurchsuchung.

Was waren die Gründe:

Auf der Demonstration in Offenbach wurde das Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMING "Kampf der Volkszählung 1987!" verteilt.

Besonders erregte die Staatsschützer, daß auf die ungebrochene Tradition von der Volkszählung 1939 zur Volkszählung 1987 hingewiesen wurde. Im weiteren wurde diese Tradition erläutert und mit Fakten belegt.

Nebenstehendes Symbol dieser Tradition, die Verbindung von "Reichsadler" und "Bundesadler" erschien den Staatsschützern besonders gefährlich.

Eine Antwort auf Repressionen des Staates kann nur sein, den Widerstand verstärken und ihm die nötige Durchschlagskraft verleihen!

(Auszüge) 3. Mai 1987, Frankfurt/M

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ !
KAMPF DEM POLIZEITERROR !

DEM GENOSSEN WALTER EINEN SOLIDARISCHEN
KÄMPFERISCHEN GRUSS !



Vertrieb für INTERNATIONALE LITERATUR

• Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin, in den Sprachen:

Deutsch Farsi Englisch Italienisch
Türkisch Spanisch Französisch

• Schriften des Kommunismus, Komintern, teilweise in verschiedenen Sprachen

• Veröffentlichungen von:



teilweise in verschiedenen Sprachen

• Antimperialistische und antifaschistische Veröffentlichungen, lbs. Über den westdeutschen Imperialismus



ÖFFNUNGSZEIT:

SA. 10-14 Uhr

DRUCKER, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
E. Stralucke, Brunhildstr. 5, 1000 Westberlin 62